



# HESSISCHER LANDTAG

16. 06. 2009

Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**betreffend Gedenken an 20 Jahre Mauerfall und die gewaltsame  
Niederschlagung des Volksaufstands gegen die SED-Diktatur am  
17. Juni 1953**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag würdigt anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls die Frauen und Männer in der ehemaligen DDR, die durch ihr mutiges langjähriges Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte den Boden für die erfolgreiche Protestbewegung des Jahres 1989 bereitet haben. Sie haben mit hohem individuellem Risiko und unter Hinnahme von persönlichen Nachteilen, Repressalien und Verfolgung dafür gekämpft, dass auf dem Boden der damaligen DDR demokratische Verhältnisse geschaffen wurden. Den Mitgliedern der demokratischen Bürgerbewegung in der DDR ist es deshalb maßgeblich zu verdanken, dass es zur erfolgreichen friedlichen Revolution des Herbstes 1989 kommen konnte.
2. Der Landtag stellt fest, dass die SED mit der DDR einen Unrechtsstaat errichtet hat. Dieser Staat diene dem Zweck, unter Ausschluss grundlegender rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien ihre Parteidiktatur abzusichern. Die DDR war ein Willkür- und Repressionsstaat, in dem systematisch gespitzelt wurde, Menschenrechte massiv verletzt und Biografien gebrochen wurden. 1.245 Tote an der innerdeutschen Grenze, bis zu 100.000 Verhaftungen wegen Fluchtversuchs und mehr als 200.000 politische Gefangene zeigen die unerbittliche Konsequenz, mit der die SED ihr totalitäres System durchsetzte und Widerstand brach.
3. Von aufrechten Frauen und Männern gegründet, waren die demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone bereits kurz nach ihrer Gründung schweren Repressalien ausgesetzt. Etliche Mitglieder mussten ihr Bekenntnis sogar mit dem Leben bezahlen. Die demokratischen Parteien wurden von der SED als führender Partei der DDR als Blockparteien zwangsweise gleichgeschaltet. Viele Menschen hielten die Idee der demokratischen Parteien auch in Zeiten der Diktatur wach. Gleichwohl haben die Blockparteien in der DDR als ein Teil des totalitären Systems der SED mitgewirkt.
4. Der Landtag spricht sich aus Anlass des 20. Jahrestages der friedlichen Revolution und des Mauerfalls in Deutschland für einen Umgang mit der jüngsten Geschichte unseres Landes aus, der von Ehrlichkeit geprägt und an den Grundwerten unseres demokratischen Verfassungsstaates orientiert ist. Auch die SED-Diktatur muss klar als solche bezeichnet werden.
5. Der Landtag fordert, allen Versuchen, den Diktaturcharakter der DDR und die fundamentalen Unterschiede zum demokratischen Rechtsstaat zu verwischen, entschieden entgegenzutreten und über den Charakter des DDR-Herrschaftssystems umfassend zu informieren. Insbesondere führende Politiker aus Bund und Ländern sind aufgefordert, jegliche relativierenden Bewertungen des menschenverachtenden Charakters des Unrechtsstaates DDR zu unterlassen.

6. Der Landtag erachtet es daher als sinnvoll, das Thema "SED-Diktatur" als elementaren Bestandteil jedes Geschichtsunterrichts aufzunehmen. Die Verdienste der demokratischen Bürgerbewegung in der DDR, die maßgeblich zur Überwindung der SED-Systems beigetragen haben, sind dabei herausgehoben zu würdigen. Auch die Rolle der Blockparteien ist hierbei zu beleuchten. Orte der Erinnerung an das SED-Unrecht müssen erhalten und zur politischen Bildung genutzt werden. Nie wieder dürfen Anhänger totalitärer Ideologien die Gelegenheit erhalten, die Grundlagen von Menschenwürde, Freiheit und Demokratie zu untergraben.
7. Der Landtag erinnert in diesem Zusammenhang, wie schon vor einem Jahr, an die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands gegen die SED-Diktatur am 17. Juni 1953. Vor 56 Jahren gingen staatliche Organe der DDR und das sowjetische Militär gegen friedlich demonstrierende Arbeiter vor. Der Landtag gedenkt der mindestens 55 Toten sowie der vielen Verletzten des Aufstandes. Die Erinnerung an den 17. Juni 1953 ist unauslöschlicher Bestandteil der Deutschen Geschichte. Sie macht den unverzichtbaren Wert von Demokratie und Freiheit bewusst und soll einen Beitrag dazu leisten, dass es auf deutschem Boden nie wieder Diktatur und Unfreiheit geben darf.

#### **Begründung:**

20 Jahre nach der friedlichen Revolution und dem Fall der Mauer würdigt der Landtag das Engagement der Bürgerrechtsbewegung in der ehemaligen DDR, den Mut und die Hartnäckigkeit der Oppositionsbewegung in der DDR. Zugleich tritt der Landtag Bestrebungen entgegen, den Unrechtscharakter des SED-Staates und den von der von ihm zu verantwortenden politischen Verbrechen zu verharmlosen oder historische Zusammenhänge zu verfälschen.

Solchen Tendenzen kann nur durch eine entschlossene und umfassende Aufarbeitung der SED-Diktatur ein Riegel vorgeschoben werden. Die demokratischen Parteien schulden den Opfern des SED-Regimes und der Zukunft der Bundesrepublik Deutschland Eindeutigkeit im Urteil über die Diktaturen des 20. Jahrhunderts.

Am 17. Juni 1953 kam es im Osten Deutschlands zu einer spontanen Volks-erhebung: Hunderttausende Arbeiter traten in den Streik, auf mächtigen Demonstrationen in Berlin und weiteren Städten wurden freie Wahlen gefordert. Bürger besetzten Gebäude der Stasi und verlangten vor den Gefängnissen die Freilassung der politischen Häftlinge. Es war das erste von weiten Bevölkerungskreisen getragene Aufbegehren im kommunistischen Machtbereich. Dieses Datum in der Geschichte Deutschlands ist so zu einem Symbol für den Kampf aller Deutschen gegen Diktatur und Unfreiheit geworden.

Die SED wurde von den Ereignissen völlig überrascht. Nur der Einsatz sowjetischer Truppen konnte den Zusammenbruch des Regimes noch verhindern. Bei der blutigen Niederschlagung des Aufstandes starben mindestens 55 Menschen. Hunderte wurden verletzt, über 8.000 Demonstranten festgenommen und zu teils langjährigen Haftstrafen und Zwangsarbeit verurteilt. Dieser Tag hat gezeigt, dass sich Freiheit und der real existierende Sozialismus in der DDR ausschlossen.

Der 17. Juni 1953 steht als historisches Datum für den Freiheitswillen der Bürgerinnen und Bürger. Zugleich hat dieser Tag den Menschen in Europa Mut gegeben, sich gegen Diktatur und Unfreiheit aufzulehnen. Auch wenn der Aufstand am 17. Juni 1953 letztendlich nicht erfolgreich war, so wurde er doch zum Symbol und Vorläufer für jene Ereignisse, die im Herbst 1989 die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht haben. Gerade im 20. Jahr der friedlichen Revolution und des Mauerfalls in Deutschland dürfen die Ereignisse des 17. Juni 1953 nicht in Vergessenheit geraten.

Wiesbaden, 16. Juni 2009

Für die Fraktion der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Wagner (Lahntal)**

Für die Fraktion der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**

Für die Fraktion  
der FDP  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Rentsch**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Al-Wazir**